

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Personal und Internes

Sitzungstermin: Montag, den 01.12.2025

Sitzungsbeginn: 17:03 Uhr

Sitzungsende: 18:29 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Gerda Küsel

stv. Vorsitzende

Frau Erika Biermann

Ordentliche Mitglieder

Herr Menko Bakker

Herr Bodo Bargmann

Vertretung für Herrn Coordes

Herr Philipp Frieden

Herr Arnold Gossel

Frau Monika Gronewold

Vertretung für Herrn Wehmeyer

Frau Antje Harms

Herr Wolfgang Ladwig

Herr Artur Mannott

Vertretung für Herrn H. Gossel

Herr Gunnar Ott

Herr Johann Reiter

Vertretung für Herrn Rokicki

Herr Stefan Scheller

bis 17:59 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Peter Specken

Herr Reinhard Warmulla

Vertretung für Herrn Siebolds

von der Verwaltung

Frau Laura Vorwerk

Erste Stadträtin

Herr Mirko Wento

Stadtbaurat

Frau Katja Lorenz

Leiterin des Fachbereichs 2

Herr Günter Harms

Leiter des Fachdienstes 11 - Innerer Dienst

Herr Reemt Mönck

Leiter des Sachgebietes 11.1 - Personal

Herr Jan-Simon Harms

Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Jens Coordes

Herr Hermann Gossel

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Personal und Internes vom 01.12.2025

Herr Richard Rokicki
Herr Bastian Wehmeyer

Beratende Mitglieder
Herr Hendrik Siebolds

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Küsel eröffnet die Sitzung um 17:03 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) vom 27.10.2025

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 27.10.2025 wird mit 9 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Frau Biermann beantragt, dass der Antrag Nr. 25/062 der Tagesordnung als TOP 7.4 hinzugefügt wird.

Herr Bargmann beantragt, dass der Antrag Nr. 25/063 der Tagesordnung als TOP 7.5 hinzugefügt wird.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

TOP 6 Kenntnisgaben der Verwaltung

Es liegen keine Kenntnisgaben der Verwaltung vor.

TOP 7 Erlass der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2026/2027

Es wird darauf hingewiesen, dass der eingebrachte Antrag der SPD-Fraktion als TOP 7.4 beraten wird. Der Antrag der CDU-Fraktion schließt sich als TOP 7.5 an. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

TOP 7.1 Vorstellung der Veränderungsliste für den Stellenplan 2026/2027

Der Leiter des Fachdienstes 11 – Innerer Dienst, Herr Harms, gibt eine Änderung bekannt.

Die Stelle der Leitung des Sachgebietes 11.1 – Personal wurde im Zuge einer Überprüfung durch die Stellenbewertungskommission von der Besoldungsgruppe A 12 NBesG auf die Besoldungsgruppe A 13 NBesG neubewertet.

TOP 7.2 Antrag der Gruppe GFA/P. Specken, hier: Einstellung Person für gärtnerische und pflegende Tätigkeiten
Vorlage: ANTRAG 25/032

Frau Weber ergänzt ihre Ausführungen aus der letzten Sitzung. Aufgrund höheren Bedarfs im Bereich der Mäharbeiten sei die Implementierung der Stelle notwendig. Zudem könne hier eine verbesserte Außenwirkung geschaffen werden.

Herr Ott führt aus, dass man zum ersten Mal über diesen Antrag gesprochen habe, um über die Pflege des Georgswalls zu diskutieren. Er habe Bedenken bei der Schaffung dieser Stelle, da ein entsprechender Vorschlag seitens der Verwaltung der Politik nicht unterbreitet wurde. Sollte das Gelände wieder von der Bundeswehr genutzt werden, würde die Begründung für die Stelle entfallen.

Frau Weber legt dar, dass sie einen Bedarf für die Stelle sehe.

Herr Bargmann findet, dass die Reihenfolge für die Schaffung einer solchen Stelle nicht eingehalten wurde. Normalerweise würde zunächst ein Bedarf durch die Verwaltung ermittelt. Im nächsten Schritt würde dies gegenüber der Politik mitgeteilt und zur Beratung gegeben. Im Zuge dieser Beratungen sei es wichtig, dass man sich auf die Stellen im Stellenplan fokussiert.

Frau Weber erwidert, dass in anderen Ausschüssen auch bemängelt wurde, dass die Beete im Stadtgebiet teilweise in einem schlechten Zustand seien. Es ginge bei der vorgeschlagenen Stelle um eine Unterstützung, da der Betriebshof dieser Aufgabe nicht ausreichend nachkommen könne.

Der Stadtbaurat, Herr Wento, erklärt, dass dieser Antrag bereits länger vorliegt. Wäre dieser Antrag nicht gestellt worden, hätte die Verwaltung die entsprechende Stelle angemeldet. Zum derzeitigen Zeitpunkt würde die Stelle benötigt, wenn das Gelände nicht von der Bundeswehr genutzt wird. Zudem muss ein Pflegekonzept erstellt werden. Durch die Entwicklung mit der möglichen Nutzung der Bundeswehr muss bei einer Entscheidung ggf. umgehend eine Stelle geschaffen werden. Eine Kompromisslösung kann der Beschluss mit einem Sperrvermerk darstellen. Sobald sich diese Angelegenheit geklärt hat, würde dann ein Antrag auf Freigabe der Stelle in die Politik gegeben werden.

Herr A. Gossel fragt, ob die Implementierung weiterer Stellen beim Betriebshof notwendig sind. Die vorgeschlagene Stelle könne über einen Nachtrag geschaffen werden.

Frau Küsel teilt mit, dass dies in einer kommenden Sitzung des Umweltausschusses besprochen werden soll.

Herr Ott legt dar, dass zunächst organisatorische Maßnahmen getroffen werden sollen, um die geschilderte Ausgangsproblematik abzustellen. Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen, könne man über die Schaffung der Stelle beraten. Stellen sollen jedoch nicht auf Vorrat mit einem entsprechenden Sperrvermerk beschlossen werden.

Herr Warmulla fordert, dass bei einer erhöhten Flächenanzahl auch die Qualität der Pflege gewährleistet sein muss. Wenn die Verwaltung eine zusätzliche Stelle vorschlägt, solle man dem Vorschlag zustimmen.

Frau Biermann findet es überraschend, dass die Verwaltung den Bedarf für die Stelle nicht angemeldet hat. Ihre Fraktion könne dem Antrag zustimmen, wenn die Stelle mit einem entsprechenden Sperrvermerk geschaffen wird.

Frau Weber teilt mit, dass sie diesem Kompromiss zustimmen möchte.

Der Antrag (Nr. 25/032) wird einstimmig abgelehnt. Der Antrag, die Stelle mit einem Sperrvermerk zu implementieren wird mit 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 7.3 Antrag der Gruppe GFA/P. Specken, hier: Einstellung eines "mobilen Müllmannes"
Vorlage: ANTRAG 25/033

Frau Weber erklärt, dass diese Stelle eine gute Option darstellt, da diese Außenwirkung in Bezug auf die Müllentsorgung profitiere.

Frau Gronewold möchte die Lohnkosten und den Umfang der Förderung in Erfahrung bringen. Herr Harms erklärt, dass ca. 50 % der Lohnkosten gefördert werden. Ohne eine Förderung würden sich die Lohnkosten auf ca. 57.000, -- € belaufen.

Herr Manott fragt, ob eine andere Person mit derselben Förderung eingestellt werden könne, wenn der aktuelle Förderzeitraum abläuft.

Herr Warumulla findet, dass diese Stelle sich bewährt hat. Zukünftig könnten mit dieser Stelle weitere Bedarfe im Bereich der städtischen Müllentsorgung ermittelt werden.

Herr Ott weist darauf hin, dass es sich um eine geförderte Stelle handelt. Dies bedeutet, dass die Aufgaben entsprechend festgesetzt sind. Die Verwaltung soll prüfen, ob eine geförderte Stelle in diesem Bereich erhalten bleiben kann. Herr Harms erklärt, dass es sich in diesem Fall um eine personenbedingte Förderung handelt. Es ist fraglich, ob in der Zukunft eine Person für diese Förderung gefunden werden kann.

Frau Weber legt dar, dass der derzeitige Stelleninhaber im Zuge dieser Ausführungen seine Anstellung verlieren würde. Die Lohnkosten der Stadt Aurich betragen aufgrund der Förderung lediglich die Hälfte.

Herr Wento führt aus, dass man in diesem Fall eine Trennung vornehmen muss. Es soll zwischen dem Stelleninhaber und der Förderung unterschieden werden. Hier muss seitens der Politik beraten werden, welche Wertigkeit der städtischen Müllentsorgung eingeräumt werden soll. Bei einer Nachbesetzung droht die Gefahr, dass über einen längeren Zeitraum keine Reinigung erfolgen kann.

Herr Ladwig möchte, dass die Verwaltung die erneute Förderung überprüft.

Es wird einstimmig beschlossen, dass die Verwaltung in einem ersten Schritt die erneute Förderfähigkeit überprüft. Sollte dies nicht möglich sein, soll die Implementierung der Stelle erneut beraten und beschlossen werden.

TOP 7.4 Antrag der SPD-Fraktion, hier: Ergänzung des Stellenplans um eine halbe Vollzeitstelle im Produktbereich Sportförderung
Vorlage: ANTRAG 25/062

Frau Biermann stellt den Antrag vor und erläutert, dass ein Mehrbedarf für diese Stelle besteht.

Herr Warmulla teilt mit, dass er diese Angelegenheit im Anschluss an den nächsten Workshop zum Sportentwicklungsplan beraten möchte.

Herr Bargmann legt dar, dass seitens der zuständigen Fachbereichsleiterin zum derzeitigen Zeitpunkt kein Mehrbedarf mitgeteilt wurde. Hier soll zunächst abgewartet werden, ob seitens der Verwaltung ein Mehrbedarf ermittelt wird.

Frau Löschen möchte wissen, ob ein Sportentwicklungsplan eine städtische Aufgabe ist. Frau Vorwerk antwortet, dass es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handelt.

Frau Biermann berichtet, dass der Mehrbedarf während des Workshops ermittelt worden sei.

Herr Ladwig ergänzt, dass die zuständige Fachdienstleiterin ebenfalls mitgeteilt habe, dass ein Mehrbedarf besteht. Dies würde u. a. den Bereich der Sportplatzsanierungen und Förderungen betreffen.

Herr Bargmann fasst zusammen, dass die Stelle beraten werden soll, wenn die Erstellung des Sportentwicklungsplans abgeschlossen und ein Mehrbedarf ermittelt wurde. Weiter soll dann eine entsprechende Freigabe durch die Politik beraten werden.

Mit den beiden Änderungen, dass 1. der Mehrbedarf durch die Verwaltung ermittelt werden und 2. die Freigabe durch den Fachausschuss erfolgen soll, wird der Antrag mit 12 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme geändert empfohlen.

TOP 7.6 Erlass der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2026/2027 - Stellenplan 2026/2027
Vorlage: 25/196/3

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 58 Abs. 1 Ziffer 9 NKomVG beschließt der Rat der Stadt Aurich die Haushaltssatzung der Stadt Aurich für den Doppelhaushalt 2026/2027 auf der Grundlage des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfes des Haushaltsplanes 2026/2027, einschließlich der Investitionsprogramme für den Planungszeitraum 2026 bis 2030. Der Festlegung der wesentlichen Produkte sowie dem Stellenplan 2026/2027 wird zugestimmt. Die Daten des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes 2028 – 2030 werden zur Kenntnis genommen.

Sofern die tatsächlichen Jahresabschlüsse von den aktuellen Hochrechnungen negativ abweichen und demzufolge der planerische Fehlbetrag des betroffenen Haushaltsjahres nicht aus der Überschussrücklage gedeckt werden kann, ist unverzüglich ein Haushaltssicherungskonzept mit konkreten Maßnahmen zur Konsolidierung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und eine Enthaltung

TOP 7.7 Erlass der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2026/2027 - Einbringung des Verwaltungsentwurfes
Vorlage: 25/196

Herr Wento berichtet, dass die Aufwendungen für die Anmietung der Büro-Container aus den Planungen über das Jahr 2027 hinaus unberücksichtigt bleiben könne. Sollte die Anmietung für einen längeren Zeitraum erforderlich sein, wird dies für das Haushaltsjahr 2028 erneut zur Beratung gegeben.

Herr Harms teilt mit, dass für die Sanierung im Erdgeschoss des Rathauses in den Jahren 2026 und 2027 jeweils 1 Million Euro veranschlagt wird. Herr Wento fügt hinzu, dass die Kosten aufgrund einer Flächenermittlung berechnet wurden.

Herr Harms legt dar, dass die angesetzten Mittel für die Neubestuhlung des Ratssaals ersetzt werden sollen durch einen neuen Lift für Rollstuhlfahrende, da der aktuelle Lift keine E-Rollstühle transportieren kann. Die Kosten hierfür sind identisch mit den zuvor veranschlagten Mitteln.

TOP 8 Anfragen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen an die Verwaltung gestellt.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

TOP 10 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Frau Küsel schließt um 18:24 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.